

LANDWIRTSCHAFTSGENOSSENSCHAFTEN, LANGFRISTRECHTE UND LEGITIMATION: EINE FALLSTUDIE AUS UNGARN

Chris Hann

Einleitung

Einzigartig in dem Oeuvre von Georg Elwert ist seine Fähigkeit, komplexe Gedanken und Modelle in konzentrierten Kurzbeiträgen auszudrücken. Neben dem Hauptbezugspunkt dieses Bandes im Bereich Konflikttheorie möchte ich in diesem Kapitel auf einen Lexikonbeitrag hinweisen, der in den letzten Jahren für die Arbeiten meiner Gruppe am Max-Planck-Institut in Halle und auch für mich persönlich wichtig gewesen ist (Elwert 1999).

Im Folgenden werde ich Konflikte auf zwei Ebenen behandeln: zum einen auf der des ungarischen Staates und seiner Gesellschaft und zum anderen auf der der Dorfgemeinschaft Tázlár, in der ich seit den 1970er Jahren Feldforschung durchgeführt habe. Ich ziele insbesondere auf das Schema von Elwert ab, in dem er (in Anlehnung an Niklas Luhmann) eine zunehmende Rolle eines Verfahrensprinzips nicht nur mit *conflict management*, sondern mit steigender Legitimation assoziiert. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorurteilen bin ich der Meinung, dass es auch im Sozialismus einen auf Verfahren basierenden Rechtsstaat gab (vgl. Thelen, in diesem Band). Nichtsdestotrotz ist klar, dass es auch nach dem Ende des Stalinismus, in den letzten friedlichen Jahrzehnten des Sozialismus, noch an Transparenz und offenen Verfahren in vielen Bereichen mangelte. Wir müssen also das Schema von Elwert modifizieren, in dem wir eine Art von friedlicher Konfliktbewältigung erkennen, die weder auf Meidung noch auf Verfahren beruht. Ich nenne diese Zwischenkategorie „Vertuschung durch sozialistische Verbürgerlichung“. Es geht im Grunde darum, dass Konflikte dadurch gemildert oder heruntergespielt werden, dass die Bürger sich als Individuen und als Familien so heftig für Konsum und Akkumulation interessieren, dass Gruppenstrukturen und auch Konflikte auf allen strukturellen Ebenen an Bedeutung verlieren. Da solche Optionen nicht nur im ungarischen Sozialismus vorhanden, sondern auch Kernmerkmale des Kapitalismus überhaupt und insbesondere des neuen Neoliberalismus sind, können wir einen allgemeineren Namen für diese Kategorie vorschlagen: Verdrängung durch private Anhäufungsmöglichkeiten.

Nach der Wende hat sich in Ungarn vieles geändert, auch Grundfragen von Legitimation und Konflikt. Einige verdrängte Konflikte tauchten sofort auf, und im Laufe der Dekollektivierungsprozesse hat es nahezu einen Überschuss an Verfahren gegeben: Konflikte konnten jetzt offen durch verschiedene Gremien auf Dorfebene und darüber hinaus in den Gerichtsälen ausgetragen werden. Aber die Legitimation dieser Prozesse ist fraglich geblieben: die steigende Anzahl von Konflikten ist von einem zunehmend verbreiteten Zynismus begleitet worden. Der Zugewinn an Verfahren hat nicht zu größerem Vertrauen in das politische und in das juristische System geführt. Allein das demokratische Wahlverfahren, dessen Potential man schon während der Zeit des Sozialismus klar erkennen konnte, diente der Meidung von Instabilität und offenem Protest.

Gesellschaftliche Konflikte im Sozialismus

Wenden wir uns zunächst der Makroebene zu: In Ungarn wurde nach 1945 unter sozialistischer Hegemonie ein radikaler Wandel vollzogen. Während das Land früher eine eigenartige Mischung feudalistischer Stände- und kapitalistischer Klassenunterschiede aufwies, wurde schnell die Ideologie einer friedlichen Allianz der Arbeiter und Bauern unter der aufgeklärten Leitung der kommunistischen Partei durchgesetzt. Die Seifenblase der Harmonie platzte 1956 in dramatischer Weise, als nicht nur Nationalisten und anti-kommunistische Intellektuelle, sondern Millionen von Arbeitern und Bauern gegen ein verhasstes Regime kämpften.

Nach diesem Fiasko für die sozialistische Bewegung ist eine Regierung mit weniger Unterstützung und Legitimität als diejenige von János Kádár kaum vorstellbar gewesen. Wie war es trotzdem möglich, dass dieses Land innerhalb kürzester Zeit die Kollektivierung der Landwirtschaft vollzog? Wie kam es, dass Kádár selbst sich zu einer beliebten oder zumindest geachteten Figur, auch nach Ansicht vieler einstiger Opponenten, entwickelte? Im Grunde war die Antwort spätestens Mitte der 1970er Jahre jedem Bürger klar. Die Partei hatte einen Kompromiss gefunden, durch den die großen gesellschaftlichen Konflikte gemildert oder gedämpft worden waren. Wie ist das passiert? Die Untersuchungen von Volks- und Völkerkundlern auf der Mikroebene haben Einsichten in diese großen politischen und soziologischen Fragen ermöglicht.

Betrachten wir die Geschichte der Genossenschaften des sozialistischen Tázlár nun näher (Hann 1980, 1983). Zunächst muss man feststellen, dass die Kollektivierung 1958-1961 in Ungarn keineswegs das dramatische Ereignis war, das wir uns aufgrund von Berichten aus der stalinistischen Zeit der UdSSR vorstellen. Wegen des wirtschaftlich bedeutenden Obst- und Weinanbaus in der Region von Tázlár war es den Bauern gestattet, ihre eigenen Betriebe weiterhin selbst zu verwalten. Sie wurden jedoch gezwungen, in genossenschaftliche Gruppen (*TSz Csoport*) einzutreten, und es war immer vorgese-

hen, dass diese früher oder später zu vollwertigen LPGen entwickelt werden sollten. Es gab am Anfang drei dieser Gruppen in Tázlár, die *Kossuth*, die *Rákóczi* und die *Remény* (Hoffnung). Sie hatten Ackerland, das sie gemeinsam nutzten, aber die meisten Mitglieder beschäftigten sich fast ausschließlich mit den Parzellen, die sie noch immer als ihr Eigentum betrachteten, obwohl sie nun lediglich Nutzungsrechte dafür besaßen.¹

Diese Gruppen hatten einen Vorsitzenden, einen Buchhalter und ein Direktorengremium, die sie selbst wählten. Die Wahlen dieser Leiter waren von außen manipuliert, aber es gab immer Spielraum und auch eine Zusammenarbeit bzw. Kollaboration mit den Behörden. Die Partei, deren Landwirtschaftssektion im Dezember 1960 auf Bezirksebene die Gründung der Genossenschaften in Tázlár veranlasste, hatte in den 1950er Jahren genügend Erfahrung gesammelt, um zu erkennen, dass es wenig Sinn hätte, Vertreter der proletarischen Schicht (also Nicht-Bauern) mit leitenden Posten zu betrauen (vgl. Thelen, in diesem Band). Sie nominierten daher Nicht-Kommunisten, Klein- oder Mittelbauern oder sogar solche Personen, die kurz zuvor noch als *kulákok* stigmatisiert worden waren. So wurde zum Beispiel Ferenc Papp, ein Kleinbauer (*kisgazda*), der auf 6,5 *hold* (3,8 ha) wirtschaftete, zum ersten Vorsitzenden der größten Genossenschaft, der *Hoffnung*, ernannt:

Ich wusste gar nicht, dass man mich als Vorsitzenden nominieren würde, die Erwartung war, dass einer meiner Nachbarn den Posten bekommt, die Partei hatte ihn ja ausgewählt. Allerdings bekam er von der Versammlung keine einzige Stimme, weil er während der früheren Kolchos-Kampagnen Mist gebaut hatte, woran sich die Bevölkerung noch gut erinnern konnte. Ich war als sein Vertreter vorgesehen gewesen, aber auf diese Weise kam es dazu, dass ich das Amt des Vorsitzenden annehmen musste. Als ich dies erfuhr, habe ich fast geweint. Meine Ausbildung bestand lediglich aus sechs Jahren Grundschule. Wie sollte ich denn so eine verantwortliche Stelle übernehmen? Daraufhin sagte mir der Vertreter der Partei: entweder du stimmst zu oder du gehst ins Gefängnis! Da habe ich mich doch für das Amt entschieden.²

Drei Leiter mit Weltanschauungen dieser Art haben die drei Genossenschaften mit viel Geschick bis in die frühen 1970er Jahre geführt. Sie hatten keine Macht und nur wenig Einfluss auf die Aktivitäten der meisten Bauern, die keine andere Wahl hatten als die neue Hierarchie zu dulden, aber weiterhin mit ihren eigenen Haushalten beschäftigt waren. Die wirtschaftliche Entwicklung kam nur langsam voran. Von Ferenc Papp wurde erwartet, dass er den kollektiven Sektor seiner Genossenschaft verstärken sollte, aber er war ein sehr vorsichtiger Mensch:

-
- 1 Um diesen Punkt lässt sich streiten: die Bauern behielten immer noch die rechtlichen Eigentumsurkunden zu ihrem Land. Es war allerdings allen klar, dass der Beitritt, selbst in eine Genossenschaft dieser einfachen Art, deren Leitern die Verfügungsgewalt bezüglich des Bodens gewährte.
 - 2 Pavlovits (1990: 39) (Es handelt sich um ein hundertseitiges, von dem Journalisten Miklós Pavlovits angefertigtes Auftragswerk, das Ende 1990 zum Anlass der 30. Jubiläumsfeier der Genossenschaft erschienen ist).

Wir haben Schwierigkeiten vermieden, haben immer aufgepasst und nur so viel aufgegeben, wie in unseren Möglichkeiten lag. Wir haben nicht einmal 20 Groschen Kredit von irgendjemandem beantragt und auch die Staatssubventionen nicht in Anspruch genommen, die nicht zurückzuzahlen waren. Warum? [...]. Weil wir dem Staat nicht glaubten, wir glaubten nicht, dass er das Geld später nicht von uns zurückverlangen würde. Darauf bin ich eigentlich besonders stolz. Nicht wir haben die Schulden des Landes im Ausland verursacht, zu dieser Verschuldung haben wir nichts beigetragen.³

Die überwiegende Mehrheit der ungarischen Bauern war zu dieser Zeit Mitglied einer LPG (*Termelőszövetkezet*) und dadurch mehr oder weniger in eine neue, fast industrielle Art von Arbeitsteilung integriert. Aber auch sie hatten ihre „Haushaltsparzellen“ (*háztáji*), wo sie nicht nur für den eigenen Familienbedarf, sondern auch für den freien Markt produzieren konnten. Nach den Wirtschaftsreformen 1968 blühten die Geschäfte aller „Kleinproduzenten“ (*kistermelők*). Die „genossenschaftlichen Gruppen“ wurden im selben Jahr in spezielle Genossenschaften (*szakszövetkezetek*) umgewandelt, und diese konnten am meisten von der allgemeinen Liberalisierung profitierten (Hann 1980).

Diese Reformpolitik war allerdings nicht unumstritten. Kurz vor meiner Ankunft in Ungarn 1975 kam es zu einem vorläufigen Kurswechsel: Einige Altkommunisten an der Spitze waren darüber erschrocken, wie schnell sich viele Bauern bereicherten, so dass die Preise ihrer landwirtschaftlichen Produkte von staatlicher Seite heruntergesetzt wurden (so frei war dieser Marktsozialismus doch nicht: Die meisten Preise blieben unter strenger Kontrolle). Die sofortige Folge war, dass sich die Kleinproduzenten zurückzogen. Ihre Produkte waren aber dringend notwendig, nicht nur um solche Konflikte zu vermeiden, die z.B. Polen wegen mangelnder Waren kontinuierlich plagten, sondern auch um Devisen zu beschaffen. Der Kurs der Politik wurde rasch wieder zu Gunsten der Bauern geändert und blieb dann bis zum Ende des Sozialismus verhältnismäßig stabil. Diese Agrarpolitik war ein sehr wichtiges Element des Kadarischen Kompromisses, nicht nur weil so die städtische Nachfrage nach Lebensmitteln befriedigt wurde, sondern weil die günstigen Preise zu bemerkenswerten Entwicklungen auf dem Land führten. Ausgerechnet unter den verhassten Kommunisten und nach der erzwungenen Kollektivierung konnten viele Bauern in diesen Jahren ihre Häuser modernisieren und privat Autos kaufen (Swain 1985, Szelenyi 1988).

Das bedeutete jedoch nicht, dass es auf lokaler Ebene keine Konflikte mehr gab. Die Kommunisten und ihre Institutionen sowie die Genossenschaften wurden dadurch nicht beliebter. Im Gegenteil kam es unter dem Einfluss des o.g. Kurswechsels Mitte der 1970er Jahre in Tázlár zu einer Krise. Die externen Behörden waren klug genug gewesen, geschätzte lokale Bauern für die wichtigen Ämter zu empfehlen und dann wählen zu lassen. Wie wir schon gesehen haben, waren die ersten Führungskräfte keine Kommunisten. Sie hatten keine professionelle Ausbildung in der Landwirtschaft erhalten. In den frühen 1970er Jahren beschloss die Partei auf Bezirksebene, dass die drei kleinen

3 Ebd.: 40.

Genossenschaftsformen nicht effizient genug funktionierten, und zu einer einzigen Genossenschaft für ein Dorf zusammengeschlossen werden müssten. Es gab lebhafte Debatten und Rivalitäten während des erzwungenen Einigungsprozesses, so dass sich die Beteiligten auch 30 Jahre später noch erinnern können, wie 1974 zwei der bisherigen Vorsitzenden um das wichtigste Amt gekämpft und ihre Anhänger die jeweils andere Seite beschimpft haben. Es zeigte sich das Potenzial eines freien Wahlverfahrens für die Legitimation einer neuen Hierarchie im Dorf.⁴

Der Sieger dieser Wahl hatte, formell gesehen, genauso wenig Macht wie seine Vorgänger. Aber als erfolgreicher Bauer hatte er schon vorher ein gewisses Prestige, und der Wahlsieg brachte ihm noch mehr Respekt ein. Er war der erste Bauer, der für die ganze Gemeinschaft sprechen durfte. Man konnte jedoch vermuten, dass die Beliebtheit des Vorsitzenden auch ein Problem darstellte. Innerhalb kurzer Zeit wurde ihm von seinem eigenen Chefbuchhalter vorgeworfen, Materialien der Genossenschaft zum eigenen Vorteil verwandt zu haben. Der Buchhalter stammte aus dem Dorf, hatte aber (als erster im Dorf) in Budapest an der Karl Marx Universität für Volkswirtschaft studiert und in anderen Betrieben gearbeitet. Für ihn war es im Grunde eine Frage der Professionalität. Die externe Behörde nutzte die Vorwürfe gegen ihn aus, um eine neue Gruppe jüngerer, ausgebildeter Fachleute aufzuoktroyieren. Es sollte sich jetzt endlich eine neue Hierarchie entwickeln, und es hätte gefährlich sein können, wenn ein Nicht-Kommunist an der Spitze der Genossenschaft verblieben wäre. Das Wahlverfahren konnte also zu keinem dauerhaften Ergebnis führen, und die Frage der Legitimation stellte sich auf lokaler Ebene erneut.

Die Hauptversammlung – initiiert von den externen Behörden – hat für einen neuen Vorsitzenden gestimmt, einen Kommunisten aus einer anderen Region. Eine seiner ersten Aufgaben bestand darin, die politisch-ideologisch gewünschte Erweiterung der kollektiven Ackerbauflächen durchzuführen, was dann ausgerechnet am Rande des Dorfes geschah, wo der Boden von guter Qualität war und viele Dorfbewohner ihre „privaten“ Parzellen aufgeben mussten (sie erhielten in anderen, weniger attraktiven Gebieten eine Kompensation). Diese sozialistische Flurbereinigung gelang, und die Ergebnisse der folgenden Jahre waren meist sehr gut. Trotzdem kam es zu großem Unmut und sogar die, die weiterhin privat und erfolgreich arbeiteten, schimpften auf

4 Der Mechanismus für die Wahl eines Dorfrates hatte dieses Potenzial nicht. Der Ratsvorsitzende (*Tanácselnök*) wurde vom Staat bezahlt, vom Rat gewählt, und von der kommunistischen Partei bestimmt. Die Kommunisten hatten im Rat nie eine Mehrheit, aber die Liste aller Kandidaten wurde von der *Hazañas Népfront* zusammengestellt, einer Organisation, die von den externen Behörden kontrolliert wurde. Der Inhaber des Amtes in Tázlár zwischen 1957 und 1987 war ein Kommunist, Sohn einer armen Familie aus der Kreisstadt und slowakischer Abstammung; egal ob man ihn respektierte, fürchtete oder streng kritisierte, aufgrund der Tatsache, dass er nicht frei gewählt werden konnte, fehlte es ihm im Vergleich zum neuen Genossenschaftsvorsitzenden an Legitimität.

die „bösen Kommunisten“ und ihre Institutionen. Die neue Führung der LPG konnte mit dieser Kritik nicht umgehen: Es kam zu noch mehr Instabilität, so dass der Vorsitzende und einer seiner wichtigsten Mitarbeiter aufgaben und umzogen.

Es folgte ein langer Konsolidierungsprozess unter zwei weiteren, wieder von den Behörden eingesetzten, Vorsitzenden. Seit 1982 wurde die Genossenschaft dann von einem qualifizierten Agronomen geleitet, der zwar weiterhin im Nachbarort Soltvadkert wohnte, sich aber relativ schnell einen hohen Grad an Achtung und Akzeptanz in Tázlár erwarb. Die Gründe dafür hatten weniger mit seinen landwirtschaftlichen Kenntnissen, als vielmehr mit seinem persönlichen Stil zu tun, z.B. wie er mit langen Reden auf den rituellen Hauptversammlungen jede Art von Konflikt zu vermeiden suchte. Zwei weitere Faktoren verstärkten seinen Erfolg. Zum einen setzte er die Politik seines Vorgängers fort, wodurch die Dorfbewohner mit Hilfe großzügiger staatlicher Subventionen in den Besitz von Weinstöcken gelangten, die in modernen Reihen angebaut worden waren (Hann 1993). Zum anderen war dieser Vorsitzende mit der Gründung zweier nicht-landwirtschaftlicher Betriebe im Dorf erfolgreich, die besonders Frauen attraktive Arbeitsplätze boten. Diese Initiativen waren die besten Beispiele für die Art von Symbiose und Kooperation zwischen privaten Haushalten und Großbetrieben, die die ungarische Kollektivierung bis zum Ende prägte.

Im letzten Jahrzehnt des Sozialismus kam es zu keinen neuen Konflikten in Tázlár. Auch wenn die Gewinne aus allen zusätzlichen (privaten) landwirtschaftlichen Arbeiten im Vergleich zum vorigen Jahrzehnt geringer ausfielen, waren die meisten Bewohner zufrieden. Die Arbeitsplätze waren sicher, aber auch die, die es vorzogen, im Familienbetrieb zu arbeiten, konnten davon ausgehen, dass es sichere Absatzmärkte für ihre Produkte geben würde. Somit mussten auch die überzeugtesten Antikommunisten zugeben, dass sich vieles zum besseren verändert hatte, nicht nur im privaten, sondern darüber hinaus auch im gesellschaftlichen Bereich, insbesondere da die längst vernachlässigten Bauern der speziellen Genossenschaften endlich voll in das Versicherungssystem des Landes integriert wurden. So erkennt man auf der Mikroebene, welche Auswirkungen der Kadarische „gesellschaftliche Kompromiss“ dort hatte.

Im Spätsozialismus von Legitimität zu sprechen, ist vielleicht zu gewagt. Es mangelte immer noch an freien Wahlen. Einige erinnerten sich noch an 1956 und viele zweifelten daher daran, dass die Kommunisten ihre kollektivistische Ideologie wirklich aufgeben würden. Aber von den teilweise heftigen Konflikten früherer Jahre konnte man nichts mehr spüren, die wenigen Dissidenten der Hauptstadt fanden keine Unterstützung unter den Bauern und Arbeitern. Diese erfolgreiche Verwaltung von Konflikten wurde ohne eine Konsolidierung schlüssiger Verfahren erreicht, die nach Elwertschem Modell nötig gewesen wäre. Vielmehr muss man von einer Verdrängung von Konflikten sprechen. Für diejenigen, die ihr früheres Eigentum beanspruchen wollten,

war der Kadarische Kompromiss nichts als eine Scheinwelt, die es jetzt zu überwinden galt.

Gesellschaftliche Konflikte im Postsozialismus

Bereits 1989, als nach dem (zweiten) Begräbnis von Imre Nagy und anderen Ereignissen klar geworden war, dass es auf Makroebene zu einer Wende (im Ungarischen sagt man Systemwechsel, *rendszer-váltás*) kommen würde, gab es spontane Reaktionen auf der Mikroebene. Einige Bauern gründeten die Partei der Unabhängigen Kleinbauern (*Független Kisgazdapárt*) in Tázlár neu, übrigens dieselben Personen, die bereits 1989 an der Besetzung des umstrittenen Bodens am Dorfrand im Namen der alten Besitzer beteiligt waren. Die Führung der Genossenschaft nahm diese Aktion ohne Protest zur Kenntnis und beschloss bald danach, sich aus allen kollektiven landwirtschaftlichen Aktivitäten zurückzuziehen. Diese Entscheidung fiel nicht schwer, da neben dem von fast allen Seiten anerkannten moralischen Drang, alle Flächen in Privatbesitz zurück zu geben, gleich nach der Wende klar wurde, dass mit dem Zerfall der etablierten sozialistischen Märkte und der Kürzung oder Streichung vieler Subventionen die Landwirtschaft in diesem verhältnismäßig unfruchtbaren Teil der Tiefebene keine wirtschaftliche Zukunft haben würde.

Es dauerte viele Jahre bis alle Eigentumsverhältnisse geregelt wurden. Im Gegensatz zu anderen Ländern entschied sich Ungarn für ein Entschädigungsprinzip, das nicht garantierte, dass die ehemaligen Eigentümer ihre ursprünglichen Ländereien zurück erhalten konnten. Die Umsetzung dieser Dekollektivierung hatte (wie bei der Kollektivierung drei Jahrzehnte zuvor, aber jetzt umgekehrt) vor allem einen pragmatischen Sinn: Man wollte die Fragmentierung vieler Großflächen vermeiden. Allerdings war das Verfahren in Tázlár sehr umstritten. Viele behaupteten, die Mitglieder der verschiedenen Gremien hätten sich selbst und ihren Familien- und Freundeskreisen Land verschafft. Die Neuverteilung des Bodens dauerte bis 1997 an, und einige schwierige Fälle konnten erst im neuen Jahrhundert vor Gericht gebracht werden. Katherine Verdery (2003) hat ähnliches für Siebenbürgen dokumentiert: Konflikte innerhalb der Dorfgemeinschaft wurden im Laufe des Dekollektivierungsverfahrens verstärkt bzw. neu ins Leben gerufen. Wie Verdery bin ich der Meinung, dass ein Prozess, den die meisten als Wiederherstellung eines alten Eigentumssystems betrachteten, in Wirklichkeit die Schaffung eines gänzlich neuen Systems war, welches nicht nur strukturelle Konflikte der Vergangenheit wieder belebte, sondern auch neue ins Leben gerufen hat.

Die Gremien wurden vom neuen Dorfrat konstituiert und beauftragt, im Geist einer neuen Demokratie zu entscheiden. In der Realität gab es hier große personelle und institutionelle Kontinuität. 1990 kam es während der Wahlen zum ersten Mal zu einer lebhaften Konkurrenz um den Posten des Ratsvorsitzenden (jetzt umbenannt in Bürgermeister – *Polgármester*). Es gab keine Präzedenz für die aggressive Kampagne eines lokalen Unternehmers, der in den

späten sozialistischen Jahren durch verschiedene Geschäfte reich geworden war, obwohl er auch eine Zeit lang im Gefängnis gesessen hatte. Er war sehr antikommunistisch und versprach große Veränderungen im Dorf. Seine Hauptgegnerin war eine Funktionärin, die den alten kommunistischen Rat verwaltet hatte. Sie hatte das Vertrauen der Bevölkerung über viele Jahre gewonnen und wurde in das neue Amt gewählt. 1994 ging sie in Rente, und erst dann kam es zu einem echten Wechsel an der Spitze des Dorfes. Ein junger Mann (geboren 1962), Sohn einer alt eingesessenen mittelbäuerlichen Familie, parteilos, aber mit der offensichtlichen Unterstützung der Partei der Unabhängigen Kleinbauern, wurde mit großer Mehrheit gewählt, und später 1998 und 2002 wieder gewählt. Diese Beständigkeit ist nicht das Resultat eines stabilen Parteiensystems. Keine einzige politische Partei hat eine aktive Niederlassung im Dorf aufrechterhalten können. Nach der Auflösung der Bauernpartei hat die Mehrheit der Bewohner Tázlárs 2002 in den sehr polarisierten Parlamentswahlen die konservative Regierung von Viktor Orbán gewählt, aber ungefähr ein Drittel die sozialistische Partei.⁵

Im Gegensatz zum Dorfrat, wo Stabilität eingetreten ist, sind in der Genossenschaft nach der Wende Spannung und Instabilität fast kontinuierlich gewachsen. Im Rahmen der neuen Gesetzgebung wurde die Institution vollständig umstrukturiert und umbenannt: Von dem alten Namen *Landwirtschaftliche Spezielle Genossenschaft Frieden* ist nur *Genossenschaft Frieden* übrig geblieben. Das Eigentum wurde in Form von Aktienzertifikaten an die Mitglieder verteilt. Man wusste nicht, wie viel andere erhalten hatten, aber die meisten vermuteten, dass die seit langem amtierenden Leiter jetzt Hauptaktionäre wurden, weil die Verteilung nicht nur dem Wert des zur Zeit des Eintritts eingebrachten Eigentums und den über die Genossenschaft verkauften Produkten entsprach, sondern auch von der Höhe des Gehalts abhing. Die Genossenschaft hatte in den frühen 1990er Jahren ungefähr 800 Mitglieder, unter ihnen viele, die seit Jahren nicht mehr im Dorf wohnten. Genau wie zu sozialistischen Zeiten kamen davon weniger als die Hälfte zur Hauptversammlung, bei der die Leitung immer für ein gutes Essen und Getränke sorgte. Auch wenn die Genossenschaft selbst kein landwirtschaftlicher Betrieb mehr war, bot sie doch allen Dorfbewohnern (nicht nur Mitgliedern) verschiedene Dienstleistungen an, z.B. Hilfe mit Kunstdünger oder beim Verkauf von Milch, Schweinen, Wein und Trauben. Zu dieser Zeit arbeiteten die beiden o. g. Nebenbetriebe, wo Schuhoberteile und Plastikfolien und -tüten hergestellt wurden, noch ganz erfolgreich. Von diesen stammten die Gewinne, von denen das zahlreiche Leitungs- und Verwaltungspersonal bezahlt wurde.

Außer dem Rückzug aus der Landwirtschaft und den Kündigungen einiger Angestellter der Verwaltung sowie des Leiters der Schuhfabrik, der früher Sekretär der kommunistischen Partei gewesen war, gab es nur wenige Verän-

5 Vermutlich als Zeichen ihres allgemeinen Unmuts gegenüber der Regierung; aber die Sozialisten haben Stimmen auf dem Land gewonnen, weil sie einen verbesserten Schutz für Ungarn gegen ausländische Käufer von Landwirtschaftsflächen versprochen haben.

derungen in der Genossenschaft Frieden. Vielerorts lief es in Ungarn anders. Viele Genossenschaften mussten sehr schnell Konkurs anmelden oder wurden in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt. Die zeitlichen und regionalen Unterschiede waren enorm, dennoch haben sozialwissenschaftliche Untersuchungen über Gewinner und Verlierer der Transformationsprozesse ergeben, dass wichtige Muster und Regelmäßigkeiten auftreten. Was die Genossenschaften und ihre Nachfolgeinstitutionen angeht, scheint es sehr häufig der Fall zu sein, dass die einstigen sozialistischen Leiter ihre Macht behalten haben bzw. umwandeln konnten (Lampland 2002, Swain 2003). Die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg im neuen System war das „soziale Kapital“, das diese Funktionäre im Sozialismus aufgebaut hatten. Diese alten Eliten verfügten nicht nur über viel technisches und praktisches landwirtschaftliches Wissen, sondern vor allem über die Netzwerke, die sie schon zu sozialistischen Zeiten zu verwenden wussten, um erfolgreich in der Marktwirtschaft abzuschneiden.

Über lange Zeit sah es auch in Tázlár so aus. Die Führung, insbesondere der Vorsitzende und sein Stellvertreter, die beide im Nachbarort Soltvadkert wohnen, sagten sogar offen, dass sie es für besser hielten, wenn die Genossenschaft in eine GmbH umgewandelt werden könnte. Die Stimmrechte würden dann dem Umfang der Aktienzertifikate entsprechen. Solange die Stimme eines jeden Mitglieds gleichwertig bliebe, würde es nicht zu den notwendigen neuen Investitionen kommen, argumentierte die Führung. Allerdings versuchten sie, diesen Konflikt, wie früher im Spätsozialismus, vorsichtig zu entschärfen. Auf den Hauptversammlungen verteilten sie nicht nur Getränke und Prämien für die Leitungsebene, sondern manchmal sogar kleine Ausschüttungen für alle Mitglieder. Der Stil des Vorsitzenden blieb herzlich und patriarchalisch. Andererseits strebten sie einen Rückgang der Zahl der Mitglieder an, indem sie auch privat Zertifikate kauften, natürlich für einen weit geringeren Preis, der dem ursprünglichen Wert der Zertifikate nicht entsprach. Um den Kauf von Zertifikaten im Namen der Institution zu ermöglichen, haben die Führungskräfte kontinuierlich Objekte wie Wohnungen und Ausstattungsobjekte aus dem genossenschaftlichen Eigentum veräußert.

Dank dieser Taktik war die Mitgliederzahl auf 200 reduziert worden, als ich im Sommer 2001 ein paar Monate im Dorf verbrachte. Es war bereits offensichtlich, dass die Institution in große ökonomische Schwierigkeiten geraten war. Die Schuhfabrik wurde vorübergehend still gelegt, und der Betrieb für Plastiktüten arbeitete nun weit unter seiner Kapazität. Auch die landwirtschaftlichen Dienstleistungen waren stark zurückgegangen. Die Genossenschaft musste weitere Objekte verkaufen, um Rechnungen und Gehälter zahlen zu können. Inzwischen wuchs die Kritik an der Führung. Insbesondere der neue Bürgermeister (selbst Genossenschaftsmitglied) äußerte offen eine verbreitete Vermutung, nämlich die, dass die beiden Leiter aus dem Nachbarort, sobald sie nicht mehr ihre hohen Gehälter beziehen könnten, den endgültigen Wandel in eine GmbH erzwingen würden. Dies würde den Bewohnern von Tázlár schaden: Arbeitsplätze gingen verloren und die notwendigen neuen In-

vestitionen fänden im Nachbarort statt. Der Bürgermeister wurde dabei von seiner Stellvertreterin unterstützt, die zugleich eine der drei Betriebsleiter (alle in Tázlár wohnhaft) in dem Betrieb für Plastiktüten war. Sie wollten diesen Betrieb selbst in die Hände nehmen und hatten zu diesem Zweck jahrelang privat Aktienzertifikate gekauft, fürchteten nun aber, dass sie am Ende eine Niederlage erleiden würden.

Die Konflikte spitzten sich auf der Hauptversammlung im Frühjahr 2003 zu. Ausschlaggebend dafür war eine Entscheidung der konservativen Regierung im Jahr 2002, Aktienzertifikate aller außen stehenden Mitglieder und Rentner mit staatlichen Geldern zu 100 % ihres Wertes aufzukaufen. 2003 wurden zu der Versammlung nur die verbleibenden 40 Mitglieder eingeladen. Der Vorsitzende stellte seinen Plan für eine Umwandlung vor, stieß damit aber auf allgemeine Ablehnung. Einerseits plädierte der ehemalige Sekretär der kommunistischen Partei für eine Fortsetzung der Genossenschaft (er behauptete, dass dies mit der Unterstützung, versprochen von der neuen links orientierten Regierung durchaus realistisch sein könne). Andererseits wollten der Bürgermeister und seine Allianz eine schnelle und endgültige Privatisierung aller Eigentumsobjekte der Genossenschaft erreichen. Den beiden Männern aus Soltvadkert wurde gekündigt und die stellvertretende Bürgermeisterin als kommissarische Vorsitzende, mit dem Auftrag, die Auflösung der Institution auf den Weg zu bringen, gewählt. Die Mehrheit der Mitarbeiter in der Verwaltung erhielt ihre Kündigung. Die übrigen Mitglieder ermutigte man dazu, Angebote für die noch existierenden Immobilien einzureichen. Der größte Betrieb, der für Plastiktüten, wurde samt Ausstattung von seinen drei Betriebsleitern für 16.000.000 *Forint* (circa 64.000 Euro) übernommen. Das neue Direktorium beschloss außerdem, den Wert von Zertifikaten bis zu 2.000.000 *Forint* auszuzahlen.

Diese Auszahlung haben auch die Männer aus Soltvadkert ausgenutzt, aber sie hatten natürlich viel mehr Zertifikate in ihrem Besitz und wollten keine Angebote für Objekte in Tázlár vorlegen (oder sie wagten es nicht). Sie waren mit dem ganzen Verfahren unzufrieden und engagierten Anwälte, die jeden Schritt des Auflösungsprozesses in Frage stellten. Im Frühjahr 2004, als ich wieder zu Besuch war, arbeiteten zwar beide Kleinbetriebe noch, aber nur auf niedrigem Niveau und mit weit weniger Arbeitern als früher. Einer der drei neuen Eigentümer des Betriebs für Plastikfolien erklärte, dass wegen des gerichtlichen Prozesses immer noch keine endgültige Eintragung ihrer Eigentumsrechte im Grundbuch vorgenommen werden konnte. Sie hatten an die Genossenschaft bezahlt und waren in den Augen der Dorfbewohner eindeutig die legitimen Eigentümer, aber vor Gericht zählte das nicht. Es wurde ange deutet, dass viel darauf ankommen könnte, welche Seite mehr Geld für die besseren Anwälte ausgeben würde; aber auch, dass Geld an die zuständigen Richter fließen könnte.

Es gibt also im Postsozialismus in diesem Dorf wenig Vertrauen zu den neuen Institutionen im rechtlichen Bereich (vgl. Verdery 2003). Im Vergleich zu den letzten Jahren des Sozialismus sind Konflikte und Unzufriedenheit all-

gemein gewachsen. Die Wende hat zu einer großen Verunsicherung der Bevölkerung geführt, und die Konsequenzen gehen weit über die schwindenden Arbeitsplätze hinaus. Die Möglichkeiten, privaten Reichtum auf dem Land anzuhäufen, sind geschrumpft, weil niemand sicher sein kann, dass er für landwirtschaftliche Produkte einen Markt findet.⁶ Außerdem sagen viele, dass die Qualität des Zusammenlebens im Dorf gesunken sei. Als Beispiel führen sie an, dass die gute Tradition solidarischer Hilfe beim Hausbau fast verloren gegangen sei. In jüngster Zeit kam es zudem immer häufiger zu Einbrüchen und Gewalttätigkeiten auf den abgelegenen Bauernhöfen. Die allgemeine Rechtssicherheit hat enorm abgenommen, so geschah es z.B. Anfang 2004, dass ein Bewohner eines solchen Hofs, wahrscheinlich nur wegen eines Fernsehers, von einem Nachbar ermordet wurde. Auch im Gesundheitsbereich scheinen sich die Verhältnisse verschlechtert zu haben. Einige Dorfbewohner weisen darauf hin, dass der allgemeine Lebensstandard auf dem Land im Vergleich zur Stadt gesunken sei. Es wird sogar eine Rückkehr zu vorsozialistischen Verhältnissen beklagt, nämlich zur Lebensweise des *paraszt* (*peasant*), was im modernen Ungarisch wie im Englischen einen eindeutig negativen, pejorativen Klang hat.

Allein im politischen Bereich kann man vielleicht etwas Positives erkennen. Wahlen sind keine Rituale mehr, sondern schlüssige Verfahren in Elwerts Sinne. Bisher wurde jede postsozialistische Regierung nach vier Jahren mit großen Kontroversen abgewählt. Die Parteien müssen ihre Macht abgeben, aber man kann doch von einer bewiesenen Stabilität des neuen Verfahrens sprechen. Objektiv gesehen kann man zwar behaupten, dass sich auf der Makroebene stets neue Konflikte entwickeln, z.B. zwischen Stadt und Land oder zwischen Industrie und Landwirtschaft, aber spätestens seit dem Zerfall der Partei der Kleinbauern gibt es keine Verschärfung eines Stadt-Land Konflikts in der Öffentlichkeit. Man könnte also argumentieren, dass auch heute wichtige Konflikte verdrängt oder vertuscht werden. Allerdings sorgt das freie Wahlverfahren, das dies ermöglicht, für einen Grad an Legitimation, den das sozialistische System nie erreichen konnte. Zum Schluss betrachten wir das Zauberwort Legitimation ein wenig genauer, auch wenn sich meine Kritik eher an Luhmann und nicht an Elwerts Konflikttheorie richtet.

Schluss: Legitimation und Langfristrechte

In dieser Fallstudie habe ich gezeigt, dass die besonderen Verhältnisse einer sozialistischen Gesellschaft sich nicht befriedigend mit dem Elwertschen, auf

6 Wie Elwert (1999) mit Recht notiert: „Die Formen der Weitergabe von Eigentum gehören in allen Gesellschaften zum besonders geschützten zentralen Verfahrensbestand. Wenn etwa [...] die Gewissheit, die Produkte seiner Arbeit verkaufen zu können (ausfiele), wären zentrale Elemente der gesellschaftlichen Reproduktion bedroht.“

Einbettung und Gewalt basierenden, Schema untersuchen lassen. Ich habe auf einen Begriff von Legitimation Bezug genommen, freilich ohne diesen genau zu definieren. In Ungarn scheint es offensichtlich zu sein, dass ein freies Wahlverfahren einen hohen Grad von Legitimation in sich trägt. Im Sozialismus kam diese Art von offenem Verfahren selten vor (es gab wohl andere Arten des Verfahrens, die ich in diesem Kapitel nicht untersuchen konnte). Sollen wir denn platt behaupten, dass das alte Herrschaftsmodell keine Legitimation hatte, während heute das Standardmodell legitimer demokratischer Herrschaft seine Blütezeit erlebe? Wenn wir Legitimation nicht als verfahrenen Begriff anwenden und schnell in einen mechanistischen Reduktionismus geraten wollen, müssen wir als Ethnologen ein wenig mehr mit einschließen. Dieser Begriff beinhaltet für mich ebenso eine grundlegende existentielle Zufriedenheit der Bevölkerung, eine Wahrnehmung von zuverlässigen „Prävisionsräumen“ (Elwert 1999) und auch eine gewisse moralische Zustimmung zum Herrschaftsmodell. Bezüglich dieser Aspekte kann die postsozialistische Gesellschaft noch nicht das bieten, was für viele Bürger im Sozialismus bereits alltäglich gewesen war.

Woran liegt es, dass der Systemwechsel, die Privatisierungen und die versuchte Wiederherstellung eines alten Eigentumssystems durch komplexe Verfahren zu verschärften Konflikten statt zu Legitimation geführt haben? Ich versuche mit Hilfe des Elwertschen Begriffs der *Langfristrechte* (auch *Langzeitrechte*), zu denen Eigentumsrechte gehören, eine Antwort zu geben.⁷ Während es sich für Elwert bei allen Ansprüchen auf Eigentum implizit um Langfristrechte handelt, möchte ich einerseits seinen Eigentumsbegriff differenzieren, andererseits den Begriff von Langfristrechten erweitern. Die Differenzierung ist nötig, weil einige Eigentumsrechte im Sozialismus nicht die gleiche Bedeutung wie in den Nachbarländern Westeuropas hatten. Viele Bauern haben ihren Boden formell behalten, mussten sich aber ab 1960 damit abfinden, dass die Verfügungsgewalt über ihre Fläche einer Genossenschaft übertragen worden war. Mit anderen Worten, inwieweit Eigentum als langfristiges Recht gelten kann, das dabei den Individuen und Familien Prävisionsräume sichert, muss empirisch untersucht und nicht *per definitio* im Voraus festgelegt werden. Es gab diesbezüglich auch große zeitliche Unterschiede und Kontraste zwischen den Nachbarländern im Osten. Die Bodenrechte des Spätsozialismus in Ungarn waren im Vergleich zu den 1950er Jahren stabil. Aber weder die in den Händen der Bauern verbleibenden Eigentumsurkunden (von Verdery „empty title“ genannt, 2003: 72) noch der Anteil am Eigentum einer Genossenschaft diente als stabile Basis für Prävisionsräume. Die Bewohner Tázlárs, wie beinahe alle Ungarn, mussten somit eine Schwächung ihrer Bodenrechte zu Gunsten der Genossenschaft akzeptieren, während es z.B. nach 1956 den polnischen Bauern gelungen war, die Kollektivierung zu umgehen. Dafür haben die Ungarn aber von den Erfolgen dieser Kollektivierung profitiert, so

7 Er selbst gibt folgende Beispiele: „Eherechte, Adoptionsrechte und intergenerationale Rechte (Versorgungs- und Erbrechte)“ (Elwert 1999).

dass es im Vergleich zu Polen den ungarischen Bauern viel besser ging, was die gesellschaftliche Integration betraf. Ein zu enger Fokus auf die Bodenrechte ist also irreführend, auch wenn viele Akteure (sowohl die Mächtigen als auch einfache Bauern) diesen Aspekt der Kollektivierung und Dekollektivierung immer wieder betonten.

Der zweite Punkt ist aber für meine Kritik noch wichtiger. Elwert schreibt (1999) über „eigentumsähnliches Recht“ und beruft sich auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts bezüglich Versorgungsansprüche. Ich selbst habe es vorgezogen, auch die *citizenship entitlements* eines modernen Systems von Sozialversicherung als *property relations* zu betrachten (Hann 1998). In gewissem Sinne wird eine solche Gleichstellung von der Bevölkerung Tázlás unterstützt: Als ich im Sommer 2001 Fragen über die Dekollektivierung stellte, schweiften viele ihrer Antworten auf Defizite im sozialen Bereich und den Mangel an Jobs ab. Ich habe es so verstanden, dass die Zerstörung der im Spätsozialismus entwickelten Langfristrechte bedeutender war als die problematische und Konflikt beladene Wiederherstellung einer alten Privateigentumsordnung. Ein Plus im Bereich Verfahren reicht nicht aus, um die Bürger für diese Verluste zu entschädigen.⁸

Das Legitimationsrätsel wird gelöst, indem man die Errungenschaften des Sozialismus als Langfristrechte *par excellence* betrachtet. Sie haben in Zusammenhang mit den großzügig gewährten Räumen für „sozialistische Verbürgerlichung“ (Szelényi 1988) eine Kombination gebildet, die trotz aller Vorbehalte dem Kadarischen Kompromiss einen beträchtlichen Grad von Legitimation auch im moralischen Sinne bescherte. Die Prozesse, die zur Anhäufung eines gewissen Reichtums führten, basierten auf spontanen Handlungen „von unten“, wurden aber immer „von oben“ gesteuert. Die neuen Langfristrechte kamen von oben und wurden in bestimmter Weise der Bevölkerung aufgekrovt, genauso wie damals die Kollektivierung. Aber diese innovative Kombination von sozialistischen Rechten und wirtschaftlichem Spielraum hat sich in der lokalen Gesellschaft fest etabliert. Sie hat eine freiwillige, spontane Kooperation zwischen den Bewohnern nicht ersetzt, sondern vielmehr ergänzt. Zum Beispiel florierte im Spätsozialismus die Hilfe der Verwandtschaft und der Nachbarschaft, insbesondere beim Hausbau, wo allerdings auch die billigen Kredite vom Staat eine entscheidende Rolle spielten. Diese so genannte *kaláka* Hilfe ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, während das Ausmaß der illegalen oder Schattenwirtschaft gestiegen ist. Schwarzarbeiten ist äußerst unattraktiv, weil man dann keinen Zugang zum staatlichen Gesundheitssystem oder zur Rente erhält. Aber, wie Elwert (1999) schreibt: „Wenn reproduktionsrelevante Langfristrechte in Frage gestellt werden, entsteht in jeder Gesellschaft Abwehr.“ Viele Arbeitslose sagen bloß, „wir haben keine andere Wahl“.

8 Im lokalen Denken gehören diese *entitlements* eines jeden einzelnen Bürgers doch einer anderen Kategorie an; sie werden nicht als Eigentumsrechte gesehen und insofern hat Thelen Recht, wenn sie hier einen Unterschied macht (2003: 275–276).

Es wird heutzutage um die Erhaltung von möglichst vielen der errungenen Langfristrechte des Spätsozialismus gekämpft, aber in Dörfern wie Tázlár haben viele Bürger das Gefühl, wieder benachteiligt und ausgesgrenzt zu werden.

Literatur

- Elwert, Georg (1999): „Eigentum“, in: Hans Dieter Betz et al. (Hg.), *Religion in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 2, Tübingen: Mohr, Siebeck, S. 1143.
- Hann, C.M. (1980): *Tázlár: A Village in Hungary*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hann, C.M. (1983): „Progress toward Collectivized Agriculture in Tázlár, 1949-78“, in: M. Hollos/B. Maday (Hg.), *New Hungarian Peasants; an East-central European Experience with Collectivization*, New York: East European Monographs CXXXIV, S. 69-92.
- Hann, C.M. (1993): „Property Relations in the New Eastern Europe; the Case of Specialist Cooperatives in Hungary“, in: Minka Desoto/David G. Anderson (Hg.), *The Curtain Rises: Rethinking Culture, Ideology and the State in Eastern Europe*, New York: Humanities Press, S. 99-119.
- Hann, C.M. (1998): „Introduction: The Embeddedness of Property“, in: C. M. Hann (Hg.), *Property Relations; Renewing the Anthropological Tradition*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-47.
- Lampland, Martha (2002): „The Advantages of Being Collectivized: Cooperative Farm Managers in the Post-socialist Economy“, in: C.M. Hann (Hg.), *Postsocialism; Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*, London: Routledge, S. 31-56.
- Pavlovits, Miklós (1990): *A tázlári Béke Mg. Szakszövetkezet harminc éve*, Tázlár: Béke Mg. Szakszövetkezet.
- Swain, Nigel (1985): *Collective Farms which Work?* Cambridge: Cambridge University Press.
- Swain, Nigel (2003): „Social Capital and its Uses“, in: *Archives Européennes de Sociologie* 44 (2), S. 185-212.
- Szelényi, Iván (1988): *Socialist Entrepreneurs; Embourgeoisement in Rural Hungary*, Cambridge: Polity Press.
- Thelen, Tatjana (2003): *Privatisierung und soziale Ungleichheit in der osteuropäischen Landwirtschaft; zwei Fallstudien aus Ungarn und Rumänien*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Verdery, Katherine (2003): *The Vanishing Hectare; Property and Value in Post-socialist Transylvania*, Ithaca: Cornell University Press.